



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat für die Union gut angefangen. In den Klausuren der CSU-Landesgruppe und des CDU-Bundesvorstandes war deutlich spürbar, dass wir zu Geschlossenheit zurückgefunden haben. Nachdem die CDU bereits im Dezember Annegret Kramp-Karrenbauer zu ihrer neuen CDU-Vorsitzenden gewählt hat, wird die CSU morgen auf ihrem Sonderparteitag einen neuen Parteichef wählen. Nun gilt es, gemeinsam aus dieser gestärkten Position heraus mit neuem Selbstbewusstsein und neuer Kraft für die Interessen Deutschlands und seiner Bürger einzutreten und Europa in die richtige Richtung zu lenken.

Mit Sorge haben wir in dieser Woche nach London geblickt. Nachdem das Parlament mit deutlicher Mehrheit gegen den von der britischen Regierung mit der EU verhandelten Austrittsvertrag gestimmt hat, sind nun wieder alle Szenarien offen – von einem unregulierten Austritt aus der Europäischen Union bis hin zu einem Verbleib scheint alles möglich. Während wir darauf warten, dass die Briten sich über ihr weiteres Vorgehen einigen, steht für uns mehr denn je fest, dass wir in Deutschland kein britisches Chaos wollen. Uns ist bewusst, dass ein starkes Deutschland auch ein starkes Europa braucht. Friede, Freiheit, Wachstum und Wohlstand sind für uns untrennbar verbunden mit der europäischen Idee.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Ein starkes Deutschland braucht ein starkes Europa	2
Einstufung weiterer Herkunftsländer als sicher	4
Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten	5

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Wir wollen keine britischen Verhältnisse in Deutschland

Ein starkes Deutschland braucht ein starkes Europa

Der Brexit kennt keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Das gilt sowohl für die EU als auch für Großbritannien. Umso erfreulicher ist, dass die Gemeinschaft sich in den vergangenen Monaten so geschlossen gezeigt hat wie selten. Je länger die Verhandlungen über das Austrittsabkommen zwischen der EU und Großbritannien dauerten, umso deutlicher wurde der Zusammenhalt zwischen den verbleibenden Mitgliedstaaten. Die politische Einigkeit war vor allem spürbar, als sich in den Austrittsverhandlungen alle 26 Mitgliedstaaten hinter Irland stellten und klare Solidarität mit dem Inselstaat zeigten. Für alle war klar, dass für die Grenze zwischen Irland und dem britischen Nordirland unbedingt eine Regelung gefunden werden muss, die den vor 20 Jahren mühsam errungenen Frieden auf der Insel wahrt.



Zu Gast bei Markus Lanz am vergangenen Mittwoch:

<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-16-januar-2019-100.html>

Als die Briten 2016 für den Austritt aus der EU votierten, stand zu befürchten, dass andere Länder nachziehen. Heute, nachdem das Austrittsabkommen gescheitert ist und die Briten wenige Wochen vor dem gesetzlich verankerten Austritt am 29. März immer noch nicht wissen, was sie eigentlich wollen, ist der Brexit ein mehr als abschreckendes Beispiel. Inzwischen scheint sogar ein harter Brexit, also ein Austritt, der die Beziehungen zu Großbritannien von einem auf den anderen Tag auf die eines einfachen Drittstaates reduziert, nicht mehr unwahrscheinlich. Die Folgen für das Vereinigte Königreich und seine Bürger sind unabsehbar.

Großbritannien versinkt gerade in politischem und wirtschaftlichem Chaos. Heraufbeschworen von Populisten und Nationalisten, die erst nicht in der Lage waren, ihren Mitbürgern zu erklären, welche Folgen der Brexit haben wird. Und die heute, wenige Wochen vor dem Austrittstermin, nicht fähig sind, sich auf einen gemeinsamen Weg zu verständigen.

Wer glaubt, wir sind vor solch einem Szenario gewahrt, der täuscht sich. Die AfD hat nicht zuletzt am vergangenen Wochenende auf ihrer Europawahlversammlung in Riesa deutlich gemacht, dass sie nicht davor zurückschreckt, dasselbe Schicksal für Deutschland zu wählen. Was dort zutage getreten ist, ist an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten: Abschaffung des Europäischen Parlaments und Austritt aus der EU, wenn ihren kruden Vorstellungen nicht gefolgt



wird. Dieses Programm hat immense Sprengkraft und würde alles zunichte machen, was Deutschland und Europa in den vergangenen Jahrzehnten zu dem gemacht hat, was es heute ist.

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte, die neben dem wirtschaftlichen Erfolg zuvorderst von einem über siebzig Jahre währenden Frieden geprägt ist. Nicht ohne Grund hat die EU 2012 für die Verbreitung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte den Friedensnobelpreis bekommen. Begründet wurde die Entscheidung mit der stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens.

Mit Blick auf die Europawahlen im Mai 2019 müssen wir daher spätestens in diesen Tagen alarmiert sein und alle Anstrengungen auf uns nehmen, um Europa in die richtige Richtung zu lenken. Denn Jean-Claude Juncker hatte recht, als er 2013 sagte: „Wer glaubt, dass sich die ewige Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren. Die Dämonen sind nicht weg, sie schlafen nur.“



„Und deswegen macht es uns fassungslos, dass auch in Deutschland eine Partei, die AfD, sich auf den Weg macht, das Zerstörungswerk Europas auch in Deutschland fortzusetzen.“

<https://youtu.be/W2VcPAzkdwx>

Während man in London noch um Einigung ringt, bereiten wir uns in Deutschland auf alle in Frage kommenden Austrittsszenarien vor. Die Bundesregierung trifft bereits seit Sommer 2016 entsprechende Vorkehrungen, auch für den Fall einer Nichteinigung. Dabei geht es um legislative Maßnahmen ebenso wie die Vorbereitung der Zollbehörden und nationalen Zulassungsbehörden auf die sich ändernden Rahmenbedingungen.

Gestern haben wir schließlich im Bundestag das Brexit-Übergangsgesetz in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Es tritt zwar nur in Kraft, wenn auch das Austrittsabkommen in Kraft tritt - was aus heutiger Sicht unwahrscheinlicher geworden ist. Dennoch halten wir daran fest, weil wir auf alles vorbereitet sein wollen:

Nach diesem Gesetzentwurf sind Bestimmungen im Bundesrecht, welche auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Bezug nehmen, während des Übergangszeitraums so zu verstehen, dass auch das Vereinigte Königreich erfasst ist, sofern keine der in diesem Gesetzentwurf genannten Ausnahmen greift. Zudem soll eine Regelung zugunsten von britischen und von deutschen Staatsangehörigen getroffen werden, die vor Ablauf des Übergangszeitraums in Deutschland bzw. im Vereinigten Königreich einen Antrag auf Einbürgerung stellen. Sie könnten durch diese Regelung bei Einbürgerung in Deutschland bzw. Großbritannien vor Verlust der bisherigen Staatsbürgerschaft bewahrt werden.



Individuelle Mobilität muss erhalten bleiben

In erster Lesung haben wir gestern einen Gesetzentwurf zur Umsetzung des Konzepts für saubere Luft in unseren Städten beraten. Wir wollen damit die individuelle Mobilität in unseren Städten erhalten und Fahrverbote in Städten künftig verhindern. Wir regeln, dass Verkehrsverbote in Gebieten unverhältnismäßig sind, in denen der Stickstoffdioxidwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht überschritten wird. Daher stellen wir klar, dass der europarechtlich vorgegebene Luftqualitätsgrenzwert mit Hilfe der von der Bundesregierung bereits beschlossenen Maßnahmen auch ohne Fahrverbote eingehalten werden kann. Gleichwohl können die zuständigen Landesbehörden auch künftig Fahrverbote in Betracht ziehen, wenn trotz Anwendung aller anderen Maßnahmen die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Wir halten fest, dass aus Gründen der Verhältnismäßigkeit Diesel-PKW mit geringen Stickstoffoxidemissionen (Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge, die im realen Fahrbetrieb Stickstoffoxidemissionen von weniger als 270 Milligramm pro Kilometer ausstoßen, sowie Euro 6-Fahrzeuge) von derartigen Fahrverboten ausgenommen sind. So schaffen wir die erforderliche Rechtssicherheit für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung.

Einstufung weiterer Herkunftsländer als sicher

Im Deutschen Bundestag haben wir heute einen Gesetzentwurf beschlossen, der die Maghreb-Staaten, Tunesien, Algerien und Marokko, sowie Georgien als sichere Herkunftsländer einstuft. Dies dient zum einen der Verfahrensbeschleunigung und Entlastung der beteiligten Behörden – die Schutzquote für Asylbewerber aus diesen Ländern ist sehr niedrig – und zum anderen soll dadurch der Anreiz für eine Asylbeantragung aus nicht asylrelevanten Gründen reduziert werden. Da Staatsangehörige sicherer Herkunftstaaten u.a. von der sog. 3+2-Regelung ausgenommen sind, sieht der Gesetzentwurf für bis zum Tag des Kabinettschlusses bestehende Ausbildungsverhältnisse eine Bestandsschutzregelung vor. Nun muss das Gesetz noch durch den Bundesrat, der die Einstufung dieser Länder als sicher schon einmal abgelehnt hat.

Hier geht´s zum Faktencheck zum Thema "sichere Herkunftstaaten":

<https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-sichere-herkunftstaaten>

Indien ist ein zentraler Partner für Deutschland



Gestern habe ich Mukta Dutta Tomar, Botschafterin der Republik Indien in Berlin, getroffen.

Als weltweit größte Demokratie mit einer dynamisch wachsenden Volkswirtschaft und globalem Gestaltungsanspruch ist Indien ein zentraler Partner für Deutschland. Wir haben allen Grund, den guten Austausch stetig zu vertiefen. Vorbildlich dabei ist das einzigartige MBA-Programm „German-Indian Management Studies“ der Hochschule in Hof.



Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten

Heute haben wir über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD debattiert. Mit diesem Antrag sollen die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt werden, Rahmen- und Förderbedingungen für gutes Leben und Arbeiten auf dem Land zu schaffen. Dazu gehört die Aufforderung zur Gewährleistung eines flächendeckenden Breitbandausbaus, zur Entlastung des besonders in ländlichen Regionen verbreiteten Ehrenamtes von bürokratischen Lasten, die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zugunsten ländlicher Regionen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. In Bezug auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU fordern wir unter anderem eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums nach dem Jahr 2020 zu berücksichtigen. Zudem soll laut Antragstext die Gemeinsame Agrarpolitik in den anstehenden Beratungen über ihre Neuausrichtung noch stärker auf die Attraktivität ländlicher Regionen ausgerichtet werden.

Hier geht ´s zum Antrag

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907028.pdf>

Bahnhöfe müssen barrierefrei werden



Am vergangenen Dienstag habe ich mit meinen Kollegen Karl Holmeier, Albert Rupprecht und Peter Aumer in einem Gespräch mit Verkehrsminister Scheuer die Lärmvorsorge sowie die Entkopplung der Elektrifizierung vom barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe entlang der Strecke angesprochen. Bundesverkehrsminister Scheuer hat unser Anliegen aufgenommen und versprochen, mögliche Lösungsvorschläge mit dem Ministerium zu prüfen.

Wir verstehen, dass nicht alles von heute auf morgen gemacht werden kann. Aber wir wollen klare Perspektiven und sichtbare Fortschritte!

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat